

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auer-Verlagsbuchhandlung entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagert für die Auer-Verlagsbuchhandlung in Leipzig. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis Nr. 53. — Erscheint werktäglich.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 9

Sonntag, den 11. Januar 1925

20. Jahrgang

Reichstag, Regierung und Außenpolitik.

Von Dr. Fritz M. d. B.

Wenn das Wort Mussolinis wahr wäre, daß die Würde des Parlaments das Spiegelbild der Würde des Volkes wäre, dann stände es schlimm um die Würde des deutschen Volkes. Das Bild, was der seine Arbeiten beginnende Reichstag bot, war schlechtin unwürdig. Nicht etwa im Hinblick auf die äußere Szenerie der ersten Sitzungen; hier war sogar ein kleiner Fortschritt gegenüber dem früheren Reichstag insofern zu verzeichnen, als der politische Radikalismus sich diesmal nicht zu so widerlichen Tobsuchtszügen verließ, wie damals, aber ein würdeloses Zustand ist es, wenn in einem parlamentarisch regierten Staate vier Wochen nach Erfolg der Wahl das Parlament zusammentritt, ohne daß es in dieser Zeit gelungen ist, eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Am 5. Januar trat der Reichstag zusammen, und am 3. Januar wurde amtlich bekanntgegeben: „Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler Marx beauftragt, eine dieser parlamentarischen Lage Rechnung tragende Reichsregierung zu bilden.“ Es ist schwer, aus diesen Sätzen etwas anderes herauszulesen, als die amtliche Versicherung des bürgerlichen Versagens des Parlaments in seiner wichtigsten Lebensfunktion, eine Reichsregierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Das Schmerzlichste dabei ist, daß genau so, wie sich die Reichstagsauflösung lediglich als Folge eines parteipolitischen Chaos ergab, auch die Regierungskrisis nicht durch verschiedene Beurteilung der politischen Problematik, sondern durch die Inflexibilität der Parteipolitik verschleppt wurde. Ein fester und klarer Wille hätte schon vor vier Wochen dort stehen können, wo wir heute stehen, und es wäre dann nicht nötig gewesen, das Parlament vor verübten Ministerbränden zu eröffnen. Alles drängte dazu, daß der Reichstag seine Tätigkeit sofort mit einer starken außenpolitischen Aktion hätte aufnehmen müssen. In keinem anderen Lande der Welt wäre es denkbar, daß die Volkvertretung nicht sofort gegen ein so ungeheures Unrecht Stellung genommen hätte, wie es am Rhein jetzt gegen uns begangen wird. Auch hier verkennen die „offiziellen Parteigrößen bei allen taktischen Erwägungen offenbar das Nächstliegende und Natürliche, wie es eine spontane Rundgebung des Reichstages im ersten Augenblick seines Zusammenkommens gewesen wäre. Im preussischen Abgeordnetenhaus hatte man hierfür ein besseres Empfinden. Hoffen wir, daß wenigstens für die Zukunft von der neuen Reichsregierung das Wort Geltung erhält: was lange währt, wird gut. Es ist möglich, sich in kritischer Würdigung künftiger Möglichkeiten zu ergehen, allein an ihren Taten wird man sie erkennen. Und die Zeit drängt außenpolitisch, innenpolitisch und wirtschaftlich zu entschlossener Tat.

Als dringende Aufgabe ergibt sich die Entkräftung der Worte, mit der die Nichtanerkennung der Berliner Zone begründet werden soll. Es ist nicht so, wie die deutsche Gewidderung sagt, daß die Vorwürfe dieser Note ganz allgemein gehalten seien, sondern es werden sieben ganz bestimmte angebliche Verletzungen der Versailler Bestimmungen behauptet; denen es entgegenzutreten gilt. Die Reichsregierung wird bei ihrem Vorgehen starke Unterstützung in den Reihen der Alliierten selbst finden, die ihr dort von Persönlichkeiten geleistet wird, die jetzt allerdings alles andere als dies wollen.

Kollet selbst, der Präsident der Kommission für die Enttarnung Deutschlands, also die maßgebendste Autorität der Alliierten über diese Frage, hat nach dem „Manchester Guardian“ vom 4. 11. 21 erklärt, daß, nachdem in 18 Monaten jedes Spä und jede Ede Kreuz und quer durch Deutschland nach Waffen abgesehen worden seien, er überzeugt sei, daß Deutschland heute wirklich und tatsächlich entwaffnet ist. Alle starken Forts und Befestigungen seien abgetragen. Er führt dann in Zahlen das Kriegsmaterial an, das entweder zerstört oder ausgehändigt wurde und meint, daß in Bezug auf die physische Fähigkeit, einen Krieg zu unternehmen, Deutschland nicht länger mehr eine Militärmacht sei.

Diese Ansicht Kollets unterstreicht noch im Jahre 1922 die „Westminster Gazette“ mit einer Mitteilung aus „höchsten Entente-Kreisen“, daß der Entwaffnungsprozeß befriedigend fortgeschritten und bereits 95 Prozent der Arbeit getan sei. Die gelegentliche Auffindung verlorener Waffen sei bedeutungslos.

General Allen, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, schreibt in seinem Rheinlandtagebuch unter dem 20. 4. 1922: „Heute am Oberst Cox (des amerikanischen Militärattachés) aus Berlin. Er bestätigt den Inhalt (seiner) vor kurzem ge-

Marx gibt die Kabinettsbildung auf.

Reichskanzler Marx hat gestern nach einer Aussprache mit dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Er hat dies getan, besonders mit Rücksicht darauf, daß es ihm nicht gelang, den Reichsfinanzminister Dr. Lutzer, auf dessen Verbleiben er besonderen Wert legte, zu gewinnen. Dr. Lutzer ist zur Weiterführung des Finanzportefeuilles nur bereit, wenn das neue Kabinett tatsächlich völlig farblos wäre und nicht auch hervorragende Demokraten in ihm vertreten wären. Weiter haben die Feststellungen bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergeben, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen das durch die Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in die schärfste Opposition treten würde.

Eine Parlaments-Korrespondenz meldet noch: „Der Entschluß des Reichskanzlers Marx, seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben, ist zur Weile gelangt, nachdem die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß sie sowohl gegen ein nur aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett, wie auch gegen den Fortbestand des jetzigen Kabinetts „unter Ergänzung durch Staatssekretäre „schärfste Opposition“ machen werde, nachdem auch die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich ablehnend verhalten haben.“

Der Reichstag wird sich bis nächsten Dienstag vertagen. Von rechtsstehender Seite wird angedeutet, daß Reichsfinanzminister Dr. Lutzer verhältnismäßig schnell ein schon lange vorbereitetes Kabinett zu bilden in der Lage wäre.

Die systematische Sabotage, die von der Deutschen Volkspartei den Bemühungen des Reichskanzlers Marx entgegengekehrt wird, endlich zu einem Abschluß der Regierungsbildung zu gelangen, haben, wie es scheint, die alte Geduld des Reichskanzlers erschöpft. Marx hat keine Anstrengung gescheut, um das Unheil zu verhindern, das der Gesamtentwicklung durch die Bervir-

lichung der Reichsblockade droht. Er hat sich dabei auf die einmütige Haltung des Zentrums und die selbstlose Unterstützung der Demokraten verlassen können. Ebenso haben sich die Sozialdemokraten, ohne nach ihrem Parteivorteil zu fragen, in jedem Stadium den Krise bereit gezeigt, die bisherige Politik zu unterstützen. Maßlose Parteilichkeit hat trotzdem immer neue Hindernisse geschaffen, so daß jetzt wohl endgültig mit einem Scheitern der Bemühungen des Reichskanzlers gerechnet werden muß. Herr Dr. Stresemann und seine Partei haben ihr Bestreben, die Regierungsbildung zu einem gewissen Erfolg gebracht. Sie mühen sich diesen negativen Erfolg stolz sein. Aber etwas anderes ist es, aus dem Scherbenhaufen ein neues Gebilde zu gestalten. Es wird kaum lange Zeit dauern, bis die Kreise, die heute jubeln, bebauern werden, daß sie ihren Parteilogsismus beratt über die Interessen des Vaterlandes die Oberhand gewinnen ließen.

Weitere Katiofigkeit in der Regierungsbildung.

Berlin, 10. Jan. Wie zu den gestrigen Besprechungen über die Regierungsbildung mitgeteilt wird, wird aller Voraussicht nach Dr. Lutzer, der seiner Partei angehört, jedoch dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nahesteht, mit der Kabinettsbildung beauftragt werden. Dr. Lutzer dürfte seine Aufgabe darin erblicken, ein fraktionell nicht gebundenes Kabinett der bürgerlichen Parteien zustandzubringen. Es ist anzunehmen, daß drei Persönlichkeiten in sein Kabinett aufgenommen werden, die den Deutschnationalen nahesteht. Dr. Stresemann dürfte einem solchen Kabinett ebenfalls angehören, und man rechnet damit, daß vom Zentrum mindestens der Reichsarbeitsminister Brauns in der Regierung verbleibt. Es wird noch eine zweite Möglichkeit der Regierungsbildung erwogen, nämlich die Beauftragung Hermann Müllers mit der Kabinettsbildung, der bereit sein soll, die Herstellung der Weimarer Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu bilden.

Deutscher Reichstag.

Sitzung am 9. Januar.

Berlin, 9. Jan. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Geschäftsordnungs Ausschusses über die Anträge der Kommunisten auf Entlassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten. Der Ausschuss hat bisher die Fälle Rosenbaum und Höllein behandelt und empfiehlt, wie Abg. Dr. Fell mitteilt, die Haftentlassung der Abgeordneten Rosenbaum und Höllein. Das Strafverfahren gegen Höllein soll aber nicht eingestellt werden, sondern seinen Fortgang nehmen.

Nach breiter Aussprache werden die Anträge auf Haftentlassung der Abgeordneten Rosenbaum und Höllein angenommen. Der Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Höllein wird abgelehnt.

Ein Zwischenfall.

Auf der Tagesordnung steht dann die dritte Beratung der Vorlage zur Änderung des Postgesetzes. Hier entspinnt sich eine heftige Auseinandersetzung, in deren Mittelpunkt der bisherige Reichspostminister Dr. Goette steht.

Abg. Henning (Natzos) fragt an, ob Dr. Goette sein Amt niedergelegt habe. Wenn das noch nicht geschehen sei, dann solle er in den Reichstag berufen werden, um sich zu verantworten. Sei Dr. Goette bereits zurückgetreten, so soll sein Stellvertreter hierher zitiert werden.

Präsident Lohde stellt fest, daß Dr. Goette und die übrigen Mitglieder des Kabinetts ihre Ämter niedergelegt haben, aber mit der Fortführung demot. verbunden seien. Diesen Auftrag hat Dr. Goette aber gegenwärtig nicht auf, sondern er werde vertreten durch den Staatssekretär Sauter.

Abg. Henning stellt erneut den Antrag, den Postminister herbeizurufen. Es müsse festgestellt werden, ob er nur für einige Stunden sein Amt ausübe, oder ob er auf sein Amt verzichtet habe. Er müsse dem Haus Rechenschaft geben über die Nachrichten, die über ihn kursieren.

Der Antrag auf Herbeiführung des Postministers Dr. Goette wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten abgelehnt. (Stärkste Unruhe im ganzen Hause, lebhaftes Aufstehen; Beifallsstürme.)

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Die Ochs gegen den Reichspräsidenten.

Berlin, 9. Januar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Hinblick auf die Rundgebung des Reichspräsidenten zugunsten des Reichspräsidenten anlässlich des Magdeburger Urteils eine Interpellation im Reichstag eingebracht, in der dieses Vorgehen des Kabinetts als Eingriff in ein schwebendes Verfahren bezeichnet wird, durch den ein Druck auf die Richter der Berufungsinstanz ausgeübt werden solle.